

Hort der Briefkastenfirmen

Liechtenstein, Steueroase und Organisator schwarzer Löcher im globalen Finanzsystem. Teil II (und Schluß): Nach 1945 Standortsicherung in der EU und Aufbau eines erdumspannenden Filialnetzes

Werner Rügemer

** Im Teil I des Beitrags erfuhr der Leser von den sogenannten Sitzgesellschaften, die in Liechtenstein steuerbefreit nur als rechtlicher Rahmen bestehen und dort nicht wirtschaftlich tätig werden. Mit diesem Modell wurde die Fürstenfamilie von und zu Liechtenstein durch Kollaboration mit den deutschen Faschisten zu einer prosperierenden Finanzmacht.*

Die Komplizenschaft ging nach dem Ende des Faschismus weiter. Der Bankier Adolf Rathjen von der Berliner Bank Delbrück Schickler - sie hatte Hitlers Privatkonten geführt, aus ihr war Hermann Josef Abs zum Chef der Deutschen Bank aufgestiegen - rettete sein Vermögen nach Liechtenstein, stiftete eine Kunstsammlung, wurde eingebürgert und internationalisierte als Berater des Fürstenhauses die Fürstenbank Bank in Liechtenstein (BiL).

Die illegale und zugleich steuerbegünstigte Finanzierung der staatstragenden Parteien der Bundesrepublik, also von CDU, CSU und FDP, in denen auch zahlreiche Nazi-Aktivisten hohe Funktionen ausübten, wurde mit Beginn der 50er Jahre über Stiftungen wie »Interdrot« organisiert - man kannte sich ja. Robert Pferdmenes und Nikolaus Graf Strasoldo von der Kölner Bank Oppenheim spielten dabei die führende Rolle, weil ihre Bank sich (fälschlich) das Image der verfolgten jüdischen Bank überstülpte und deshalb als unantastbar galt. Mehrere hundert deutsche Unternehmen wie Siemens, Mannesmann, Deutsche Bank brachten so bis in die 70er Jahre über 200 Millionen DM auf. CDU-Stiftungen wie »Norfolk« (Bundes-CDU) und »Zaunkönig« (CDU Hessen) bestanden bis in die 90er Jahre. Der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl traf sich häufig mit seinem persönlichen Freund Herbert Batliner. Der Sohn Eduard Batliners (siehe Teil I) war der größte Treuhänder von Sitzgesellschaften.

Die CDU hatte das eigene Handelsunternehmen Europäische Unternehmensberatung mit Sitz in Vaduz. Im Verwaltungsrat saß Prinz Emanuel von Liechtenstein. Das Beratungsunternehmen hat Dutzenden von deutschen Unternehmen für wertlose Gutachten und angebliche Beratungen Rechnungen ausgestellt, wofür Millionenbeträge verdeckt in die Kassen der CDU gelenkt wurden. Als diese »Beratung« 1977 ins Visier deutscher Steuerfahnder und Staatsanwälte geriet, war auch die SPD bereit, das geheime Finanznetzwerk zu verteidigen, weil auch sie ein ähnliches Geflecht aufgebaut hatte.

Der ehemalige NS-Waffenhändler Rudolf Ruscheweyh, der seinen Wohn- und Geschäftssitz in Liechtenstein behielt und nach 1945 um eine Niederlassung in New York erweiterte, gründete 1952 im Fürstentum den Octogon Trust. Octogon trat als Vermittler für die von der Bundeswehr 1956 bestellten 10000 HS-30-Schützenpanzer auf. Hersteller war der Genfer Rüstungskonzern Hispano-Suiza. Mit Octogon verhandelten Vertreter des Bundeskanzleramts und Adenauers Finanzberater, Robert Pferdmenes von der Bank Oppenheim. Octogon erhielt angeblich eine Provision von 30 Millionen DM. Der in aller Eile bestellte Panzer war nicht funktionstüchtig, nur 2000 Stück wurden geliefert. Etwa 200 Millionen Mark aus der von der Bundesrepublik Deutschland geleisteten Vorauszahlung waren verloren. Über Octogon liefen auch die ersten Waffenlieferungen für den Bundesgrenzschutz.

Es kam der Verdacht auf, daß bei den Geschäften fünf Prozent der jeweiligen Kaufsumme zurück an Bonner Beamte und CDU-Politiker geflossen waren und daß allein der Vertrag über die HS-30-Schützenpanzer der CDU eine Wahlkampfhilfe von 50 Millionen Mark eingebracht habe. Ein Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages kam zu keiner Klärung. Einige Zeugen kamen unter merkwürdigen Umständen zu Tode.

Diktatoren und Waffenschieber

Weitere Finanzdienstleistungen, die bis heute für autoritäre und bei Bedarf kriminelle Akteure geleistet werden,

können hier nur an wenigen Beispielen skizziert werden. Der philippinische Diktator Ferdinand Marcos, von den USA protegiert, ließ seit 1968 durch die beiden Schweizer Großbanken UBS und Crédit Suisse die vier Stiftungen Arelma, Mahler I, Mahler II und Sandy einrichten, um Milliarden an geraubten Staatsgeldern verstecken und verwalten zu lassen. Die argentinischen Diktatoren der 70er Jahre legten ihre veruntreuten Gelder nicht nur in Panama und Luxemburg an, sondern auch in Liechtenstein. Um das Vermögen der Stiftung Zucarella, das Schwarzgeld aus dem Erbe von Prinzessin Soraya enthält, der verstoßenen Ehefrau des persischen Kaisers und Diktators Schah Reza Pahlevi, streiten sich gegenwärtig immer noch drei Dutzend Parteien. Nigerias Diktator Sani Abacha ließ 185 Millionen Euro Schmiergeld des deutschen Unternehmens MAN Ferrostahl in sechs Liechtensteiner Sitzgesellschaften verwalten; die Konten werden beim Liechtenstein Global Trust (LGT) und der Liechtensteinischen Landesbank (LLB) geführt. Die Abacha-Erben werden anwaltlich vom ehemaligen Liechtensteiner Außenminister Ernst Walch vertreten, der bis heute die Rückzahlung an den Staat Nigeria blockieren konnte.

Der Chemiefabrikant Hippenstiel-Imhausen ließ die Zahlungen für die Lieferung einer Giftgasfabrik an Libyen über die Briefkastenfirma Per-Alt abwickeln, die von der Treuhandgesellschaft Präsidial-Anstalt geführt wurde, die zum großen Teil der Fürstenfamilie gehört. Der englische Pressemagnat Robert Maxwell entzog seinem Unternehmen Gelder von Pensionsfonds seiner Beschäftigten mit Hilfe einer Stiftung. Die betrügerischen Manager der gewerkschaftlichen Unternehmen Neue Heimat und co op AG konnten die Dienste ebenso nutzen wie ideologieübergreifend auch der DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski mit seiner Stiftung Congregatio.

Konzerne nutzten und nutzen Briefkastenfirmen für verdeckte Provisionen, Schmiergelder und Aktienkäufe. Die schwedisch-schweizerische Anlagenfirma ABB zahlte in den 90er Jahren an VW-Manager 20 Millionen Mark Schmiergeld über die Stiftung Tymar, um den Auftrag für eine Lackieranlage im neuen Autowerk in Tschechien zu bekommen; über Tymar zahlte ABB ebenfalls Schmiergelder an Manager von Opel in Rüsselsheim und General Motors in Portugal. Der französische Staatskonzern Elf Aquitaine zahlte eine zweistellige Millionensumme über eine Stiftung, um den Chemiekomplex Leuna und die Tankstellenkette Tank & Rast zu äußerst günstigen Bedingungen zu erwerben. Die Siemens AG hatte nach Angaben der Liechtensteiner Staatsanwaltschaft mehrere Briefkastenfirmen in Vaduz (neben solchen in anderen Finanzoasen), um seit den 90er Jahren zur Auftragsakquise weltweit verdeckt Bestechungsgelder zu zahlen, so in Rußland, Nigeria, Griechenland, Italien oder einigen Dutzend weiterer Staaten.

Der zeitweise größte Rohstoffhändler der USA, Marc Rich, Großspender für die Wahlkämpfe von William Clinton, verschob trotz Embargos iranisches Öl, konnte sich aber jahrzehntelang den US-Behörden entziehen, indem er sein Unternehmen in die Schweiz verlegte und Zahlungen z. B. über die Valdino Foundation und die Santofino Foundation in Liechtenstein abwickelte. Bevor der vom korrupten West-Protegé Boris Jelzin ernannte Premierminister Sergej Kirijenko 1998 die Zahlungsunfähigkeit des russischen Staates erklärte, hatte er mehrere Millionen Euro für seine persönlichen Zwecke zur Fürstenbank LGT verschoben.

Zehntausende Steuerhinterzieher

Unternehmen nutzen Briefkastenfirmen, auch um eigene Unternehmensanteile zu verstecken. Die größte Privatbank Europas, Sal. Oppenheim (Köln/Luxemburg), etwa parkt über die liechtensteinische Cavall AG eine Bankbeteiligung, die damit in der Öffentlichkeit anonym bleibt. So hielt die Dr. Peter Ritter Familienstiftung lange Zeit 56 Prozent der Metro AG.

Steuerflucht für eine vermögende Klientel gehört von Anfang an dazu. Nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 90er Jahre wickelten deutsche Konzerne nicht nur ihre illegalen und steuerbegünstigten Parteispenden an CDU, CSU und FDP über Liechtensteiner Stiftungen ab, auch die Parteien selbst, Unternehmer und Manager unterhielten für ihre eigene Steuerhinterziehung Briefkastenfirmen. Insbesondere Schweizer und deutsche Banken vermittelten das routinemäßig. 1997 stießen deutsche Steuerfahnder auf die Stiftung Gallumena. Sie gehörte dem Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Wolfgang Rölller; auch Vorstandsmitglied Hans-Günther Adenauer, Neffe des ersten Bundeskanzlers, war mit von der Partie.

Die Bank hatte seit 1994 Tausenden Kunden geholfen, Geld in Finanzoasen anzulegen, u.a. in Liechtenstein. Mit dem Treuhandunternehmen Batliner gab es dazu seit 1992 formelle Vereinbarungen: Batliner verwaltete Stiftungen von etwa 500 deutschen Steuerhinterziehern aus der »Liste Liechtenstein I«. Dazu gehörten etwa der Springreiter Paul Schockemöhle, der Firmenerbe Friedrich Karl Flick und die TV-Moderatorin Antje Kühnemann.

Die 2008 bekannt gewordene Steuerhinterziehung des ehemaligen McKinsey-Partners und Vorstandssprechers der Deutsche Post AG, Klaus Zumwinkel, ist Teil der »Liste Liechtenstein II«. Wieder wurden zufällig, durch die Indiskretion frustrierter Angestellter, einige wenige der Zehntausenden Steuerhinterzieher bei einer ihrer standesgemäßen Lieblingsbeschäftigungen erwischt, diesmal immerhin 2100 Mitglieder der bundesdeutschen »Elite«. Gegenwärtig wird auch in den USA, in Frankreich, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien, Australien und Neuseeland gegen jeweils einige hundert dortige Artgenossen ermittelt.

Auch diesmal wurde (wieder einmal) bekannt, wie LGT und Konsorten organisierte Beihilfe leisten: Sie organisieren die Umgehung der deutschen Behörden, empfehlen ihren ausländischen Kunden Anrufe nur aus einer Telefonzelle, vereinbaren für Telefonate Codenamen und schicken Post nur an ausländische Adressen; so erhielt Zumwinkel seine Kontoauszüge nicht an seinem deutschen Wohnort Köln, sondern auf seinem Schloß am italienischen Gardasee. Während erwischte Steuerhinterzieher wie Röller und Adenauer, später dann Schockemöhle und jetzt Zumwinkel wegen des Skandals in Deutschland von Funktionen zurücktreten und Steuern nachzahlen müssen, können die Geschäftspartner in Liechtenstein weitermachen.

Bei den Akteuren stellt sich kein Unrechtsbewußtsein ein. So beschwerten sich gegenwärtig Erwischte und ihre professionellen Helfer und die liechtensteinische Regierung darüber, daß die Daten unrechtmäßig in die Bundesrepublik gekommen seien. Mehrere in Deutschland schon verurteilte Steuerhinterzieher verklagen die Banken auf Schadenersatz. Die LLB ihrerseits zahlte heimlich neun Millionen Euro Schweigegeld, um den »Skandal« zu vermeiden.

EWR und Globalisierung

Liechtenstein ist zwar wie die Schweiz nicht Mitglied der Europäischen Union, wurde aber 1995 in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufgenommen. Die EU anerkannte das Gesellschaftsrecht des Landes und den dazugehörigen besonderen Geheimnisschutz für Treuhänder und Banken. Deshalb können die Liechtensteiner Banken Niederlassungen in EU-Staaten errichten und Banken aus EU-Staaten in Liechtenstein ebenfalls Niederlassungen betreiben. So braucht der deutsche Mittelständler nicht mehr angstvoll sein Schwarzgeld in der Seitentür seines Mercedes heimlich nach Vaduz zu schaffen, sondern kann es in einer der sieben deutschen Niederlassungen des LGT in Köln, München, Frankfurt/Main, Mannheim, Hamburg und Stuttgart direkt und diskret und »ganz legal« einzahlen.

Allein LGT hat gegenwärtig etwa 30 Niederlassungen im Ausland, davon die Hälfte in EU-Staaten, aber auch in anderen Finanzoasen: Schweiz, Luxemburg, Bahrein, Cayman Islands, British Virgin Islands, Irland, Hongkong, Singapur, Uruguay. Im Gegenzug haben ausländische Investoren neue Banken in Vaduz gegründet. So sind inzwischen in dem 35000-Einwohner-Staat 15 Banken tätig, die großenteils internationalen Investoren gehören. Diese haben ihren Sitz oft in anderen Finanzoasen; z.B. gehören 35 Prozent der Banque Pasche der Briefkastenfirma March auf Bermuda.

Neben den Banken sind heute knapp 400 Treuhand-, Wirtschaftsprüfer- und Anwaltsfirmen registriert, die gegen Gebühr Sitzgesellschaften verwalten. So hat etwa die dem LGT nahestehende Präsidial-Anstalt, 1931 von der Fürstenfamilie gegründet, heute 100 Mitarbeiter. Auf der Homepage wirbt das Unternehmen - ungeachtet aller offiziellen Beteuerungen, sich zu bessern - mit den »Standortvorteilen Liechtensteins«, darunter: »Keine Rechtshilfe in Steuersachen« und »strenge Berufsgeheimnisvorschriften« (praesidial.com).

Die größte ausländische Botschaft unterhält das Fürstentum bei der EU-Kommission, Botschafterin ist Ihre Durchlaucht Maria-Pia Kothbauer Prinzessin von Liechtenstein. So gesteht die EU der Finanzoase immer wieder Sonderregelungen zu. Vor diesem Hintergrund haben Liechtensteiner Banken ein Finanzprodukt entwickelt, um die EU-Zinsbesteuerung zu umgehen: Vermögende Kunden können Wertpapiere in mehr oder weniger fiktive Lebensversicherungen einbringen (Versicherungsmäntel), die Erträge bleiben steuerfrei.

Zur informellen Vernetzung gehört der Vatikan, wo man neben Brüssel, Berlin und Bern ebenfalls eine Botschaft unterhält: Papst Johannes Paul II. überhöhte die Minigemeinde Vaduz 1997 zum Erzbistum und befestigte damit die anachronistisch-innige Einheit von Kirche und Feudalstaat - eine Einheit, die Wojtyla auch in anderen Finanzoasen wie Luxemburg und Monaco durch die Erhebung in den Stand von Erzbistümern am finanzpolitischen Herzen lag. Die geldgierige Fürstenfamilie, die als reichster Adelsclan Europas gilt, und ihr parasitärer Anhang zelebrieren ihre tiefe Gläubigkeit mindestens so ostentativ wie Heuchler vom Schlage eines George W. Bush.

Nach der Zumwinkel-Affäre baut das Fürstentum an weiteren informellen Netzen, etwa durch die Ernennung von Honorarkonsuln in wichtigen Staaten wie den USA. In Deutschland gewann man aus alter Verbundenheit - Erbprinz Alois ist mit der bayerischen Herzogin Sophie verheiratet, Franz Josef Strauß war im Fürstentum kein Unbekannter - den Sohn des ehemaligen Finanzministers Theo Waigel (CSU): Konsul und Rechtsanwalt Christian Waigel macht in Deutschland »Aufklärung« über Liechtenstein und berät das Fürstentum bei der »Umsetzung« der EU-Zinsrichtlinie.

Besonders enge Beziehungen werden zu den verwandten Finanzoasen Luxemburg und Österreich unterhalten. Kohl-Intimus Batliner, dessen größte Liechtensteiner Treuhandfirma seit Jahrzehnten Zehntausende Sitzgesellschaften gründete, ist nicht nur vatikanischer Kammerherr, sondern auch Stifter des Europäischen Kleinstaatenpreises und des Batliner-Europa-Instituts. Dessen Leiter ist der ehemaligen Vizekanzler Österreichs, Erhard Busek. 2008 erhielt Jean-Claude Juncker, Vorbildeuropäer und erzkatholischer Ministerpräsident des Herzogtums Luxemburg den Kleinstaatenpreis: »Er hat Europa stabiler gemacht.«

Schäden durch Finanzoasen

Nach dem Vorbild Liechtensteins und der Schweiz haben sich bis heute etwa 30 Finanzoasen rund um den Globus etabliert; englische Kanalinseln, Isle of Man, Gibraltar, Monaco, Tortola, Cayman Islands, Belize, Virgin Islands, Delaware, Luxemburg, Bermudas, Bahamas, niederländische Antillen usw. Die Schäden der damit ermöglichten verdeckten und bei Bedarf ins Kriminelle übergehenden Aktivitäten für die Volkswirtschaften einerseits und die asozialen Bereicherungsmöglichkeiten für Unternehmensvorstände, Diktatoren, Großaktionäre, Steuerhinterzieher sowie deren professionellen Hiwis und Mittäter sind enorm.

Ausgelagert aus den kapitalistischen Zentren, aber integraler und professioneller Teil des internationalen Finanzsystems, sind sie wesentliche Organisatoren der gegenwärtig wieder beklagten Intransparenz.

Die Regierungskriminellen in Liechtenstein und anderswo fördern zudem aus Wahlverwandtschaft autoritäre und diktatorische Verhältnisse und unterhöheln demokratische und soziale Strukturen anderer Staaten. Es gehört zum Charakter von Finanzoasen, daß sie aufgrund ihrer Kleinheit und ihres Charakters als ausgelagerte und hochspezialisierte Werkbänke heute mehr denn je abhängig und erpreßbar und deshalb auch zu jeder Kollaboration willig und für jeden noch so schmutzigen Zweck nutzbar sind.

Doch die Haupttäter sitzen in New York, Paris, Berlin, Düsseldorf, München usw. Die Forderung, der »Operettenstaat« Liechtenstein solle sich »europäischen Standards« anpassen«, wie es der Journalist Hans Leyendecker am 1. September 2008 in der Süddeutsche Zeitung fordert, beschönigt die Verhältnisse. Die notwendigen Eingriffe müssen den Konzernen, Banken, Wirtschaftsprüfern in den Metropolen gelten.

Literaturempfehlungen: Der historische Teil des Artikels stützt sich u. a. auf die »Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg«, die 2005, unbeachtet von den Medien in Deutschland, sechs Berichte zu den Finanz- und Industriebeziehungen Liechtensteins zum Nazifaschismus, zu Einbürgerungen und Arisierungen, zum Kunsthandel usw. veröffentlichte. Bernt Engelmann hatte 1967 in seinem Buch »Schützenpanzer HS 30 - Starfighter F-104G« die Geschichte des NS-Waffenhändlers Rudolf Ruscheweyh und die ersten Waffenkäufe der Bundeswehr über den Liechtensteiner Trust Ocotogon dargestellt.

- Werner Rügemeier erhielt am 22. August den erstmals vergebenen »Kölner Karls-Preis für engagierte Literatur und Publizistik« der Neuen Rheinischen Zeitung. Von ihm erschien u. a. im Nomen Verlag »Der Bankier. Ungebetener Nachruf auf Alfred Freiherr von Oppenheim«, 106 S., 14 Euro
- Teil I erschien gestern

ERROR: syntaxerror
OFFENDING COMMAND: --nostringval--

STACK:

/Title
()
/Subject
(D:20081015001922+02'00')
/ModDate
()
/Keywords
(PDFCreator Version 0.9.5)
/Creator
(D:20081015001922+02'00')
/CreationDate
(anwender)
/Author
-mark-